

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 43

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Christian Zeller

Attac – von der Globalisierungskritik zu einer globalen Emanzipationsbewegung?

Die erfolgreiche Demonstration gegen die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle am 30. November 1999 markierte einen Aufbruch. Seit Mitte der neunziger Jahre entstandene Bewegungen gegen Aspekte der neoliberalen Offensive mündeten in eine international vernetzte Massenbewegung. Die Mobilisierungen in Prag, Göteborg und gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 sowie das Weltsozialforum in Porto Alegre in den Jahren 2001 und 2002 unterstrichen die Dynamik und Radikalisierung der Bewegung für eine „Globalisierung von unten“. Besonders die machtvolle Demonstration in Genua verlieh der Bewegung in Europa, nicht zuletzt in Deutschland, einen ungeahnten Schub. Diese hat vielerorts in Attac (Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens – Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen), bislang ihren dynamischsten politischen und organisatorischen Ausdruck gefunden. Der Aufschwung der Bewegung spiegelt sich auch in mehreren kürzlich erschienenen Büchern wieder. Der vorliegende Beitrag skizziert anhand einiger dieser Bücher Widersprüche und Gegensätze in der Bewegung und benennt aktuelle Herausforderungen.

Nur Bewegungsarm der NGO?

Christiane Grefe, Reporterin, Mathias Greffrath, freier Journalist und Mit-

glied in der SPD-Grundwertekommission und Harald Schumann, Redakteur bei Spiegel-Online publizierten mit *attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?* bereits im März 2002 das erste Buch über Attac Deutschland. In der ersten Hälfte skizziert Schumann pointiert einige Eckpunkte der Entwicklung des Finanzsystems seit dem Bretton Woods-Abkommen von 1944. In Fortsetzung seines 1996 verfassten Bestsellers *Die Globalisierungsfalle* beschreibt er die Asienkrise, den Zusammenbruch Argentinien sowie die Macht des Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne. Schumann erläutert gut verständlich, wie Korea und Thailand unvermutet 1997 in eine spekulative Finanzkrise gerieten. Das Rezept des Internationalen Währungsfonds (IWF) – höhere Zinsen und weniger Sozialausgaben – verstärkte die Krise und vor allem das Elend großer Teile der Bevölkerung. Die Krise mündete in die Enteignung von Teilen der koreanischen Wirtschaft durch US-amerikanische und europäische Konzerne. Trotz dieser schonungslosen Beschreibung plädiert Schumann bloß für eine Demokratisierung des IWF und der Weltbank mit Hilfe „eine[r] Umverteilung der Anteile und Stimmengewichte in diesen Institutionen zugunsten der Schwellen- und Entwicklungsländer“ (S.64). Dem ist entgegenzuhalten, dass die USA und die EU-Staaten respektive ihre Banken auch bei einer formalen Demokratisierung dieser Institutionen weiterhin genügend

Droh- und Erpressungspotential behielten, um ihre Bedingungen durchzusetzen. Das zeigen die jüngsten Verhandlungsrunden der formal demokratischen WTO.

Einseitig vertritt Schuman, dass in erster Linie die USA und die US-Konzerne für die desaströsen Folgen der Globalisierung verantwortlich seien. Die Verantwortung der europäischen Regierungen und Konzerne benennt er nur ansatzweise. Er meint, Europa könne eine andere Politik vorantreiben. Allerdings haben die EU-Länder zu keiner Zeit Alternativen zur US-Strategie im IWF vorgelegt. Der neoliberale und antisoziale Charakter der EU-Politik, festgeschrieben in den Verträgen von Maastricht und Nizza, wird nicht kritisiert. Schumann interpretiert die Globalisierung als Ausdruck der ungebändigten Mobilität des Finanzkapitals. Er überschätzt den Umfang von industriellen Standortverlagerungen und stellt diese einseitig als zwangsläufigen Prozess zur Lohnkostensenkung dar. Der Kontext der neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaften in den USA und Europa bleibt ausgeblendet. Die Privatisierungswellen und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sind kaum ein Thema.

Der zweite Teil des Buches berichtet von den Anfängen, Forderungen, Aktionsformen und dem Selbstverständnis von Attac. Seit 1998 wurden 30 Landesverbände in Europa, Afrika und Nordamerika gegründet. Die Organisation ist mittlerweile weltweit auf mehr als 60'000 Mitglieder angewachsen. Zunächst präsentiert Greffrath die Entstehung von Attac Frankreich. Das erfolgreiche „Kerngeschäft“ von Attac seien die Forderungen nach einer Steuer auf internationalen Kapitaltransaktionen, der Schließung der Offshore Finanzplätze und einem Schuldener-

lass. Anschließend widmet sich Christiane Grefe dem phänomenalen Zulauf von Attac Deutschland.

Das Autorentrio setzt primär auf die Veränderungsbereitschaft der Parlamente und der Regierenden. Zentrale Aufgabe der neuen sozialen Bewegung sei es, eine breite Unterstützung für reformwillige Politik zu organisieren, schlägt Schumann vor. Andernfalls gingen alle Reformansätze der rot-grünen Regierung verloren (S.101). Meint er da vielleicht die finanzkapitalfreundlichen Steuer- und Rentenreformen? Am Beispiel des Portraits des französischen Europa-Parlamentariers Harlem Désir veranschaulicht Greffrath eine Politik der kleinen Schritte und eine Weltversammlung der NGOs. Grefe bemerkt, Attac drohe eine thematische Verzettelung. Attac solle sich daher auf das Kerngeschäft der Tobinsteuer und der Finanzinstitutionen beschränken und als Lobbyorganisation bzw. als „*Kampf-abteilung der NGOs*“ im Bündnis mit den Gewerkschaften Druck auf die Parlamente ausüben. Den Widerstand einiger Attac-Ortsgruppen gegen die Privatisierungen und sogar die Attac-Kampagne für ein solidarisches Gesundheitswesen blenden die Autoren aus.

Die meisten Ortsgruppen von Attac sind in ihren Forderungen konsequenter und radikaler ausgerichtet, als es die Autoren beschreiben. Bei der Auswahl der dargestellten Interviewpartner haben Greffrath und Grefe konsequente oder gar sozialistische Stimmen in fast manipulativer Weise ausgeklammert. Sie äußern sich durchgängig herablassend und schnoddrig über linke Strömungen und eine weitergehende theoretische Fundierungsarbeit. Das Buch ist ein Plädoyer für einen politisch beschränkten NGO-Kurs von Attac. Die Oberflächlichkeit der Analyse zeigt sich daran, dass Greffrath Attac einen auf

französisch falsch ausgeschriebenen Namen zuweist, dem ehemaligen französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement einen anderen Vornamen gibt und den Namen des Komitees für die Streichung der Schulden der Dritten Welt CADTM falsch übersetzt (nicht Entschuldung, sondern Annulierung oder Streichung der Schulden) und in Frankreich statt Belgien verortet. Das Trio hat ein zwar ansprechendes, aber keineswegs ausgewogenes Buch über Attac geschrieben. So verständlich die Sprache ist, so unverständlich bleiben die politischen Widersprüche, die Dynamik und die Herausforderungen der neuen Bewegung.

Die Souveränität einer globalisierten Citoyenneté

Mit *Attac: Sand im Getriebe*, Ende August 2002 erschienen, zeichnet die freie Journalistin Ruth Jung ein differenzierteres Bild über Attac Frankreich. Anders als der theoriefeindliche Ansatz von Grefe und Greffrath versucht Jung die Herkunft und die Fundierung der Ideen und Vorstellungen sowohl von Exponenten als auch von Basisaktivisten von Attac Frankreich verständlich zu machen. Um das Phänomen Attac zu entschlüsseln, scheut sie sich nicht davor, Marx und Engels als frühe Globalisierungskritiker in den aktuellen Kontext zu stellen. Geschickt kombiniert Jung die praktischen Aussagen von Aktivisten mit weitergehenden Reflexionen.

Sie hinterfragt die Bewegungsexponenten in Paris und stellt ihnen die anarchosyndikalistischen Traditionen der „Confédération paysanne“ und die direkten Aktionen von „AC! Agir ensemble contre le chômage“ entgegen. Jung zeigt, dass es bei Attac um wesentlich mehr als um die Tobin-Steuer geht. Sie zitiert Bernard Cassen, der im

Kontext von Attac Frankreich dem rechten und protektionistischen Flügel zuzurechnen ist: „*Wir befinden uns in einem frontalen Kampf gegen alle Aspekte der neoliberalen Globalisierung, die als ein kohärentes System funktioniert, alles hängt miteinander zusammen. Es hat wenig Sinn, den Neoliberalismus nur an einem Punkt zu attackieren. ... Der Kampf um die Tobin-Steuer nimmt dabei nur einige Prozentpunkte ein.*“ (S. 42).

Jung führt aus, dass Volkssouveränität sich mittlerweile auf eine „transnationale globalisierte Citoyenneté“ (S. 33) stützen müsse. Der ideenreiche Essay von Jung reißt viele Aspekte allerdings nur an, ohne die Gedanken systematischer auszuführen. Dadurch erscheint das Buch inkonsistent. Gerade die Frage der Demokratie und die Herausforderung einer globalen Citoyenneté sind zentrale Pfeiler jeder emanzipatorischen Bewegung. Das ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für weitere konzeptionelle Überlegungen.

Das abgedruckte Manifest 2002 von Attac Frankreich dokumentiert die politische Weiterentwicklung, Verbreiterung und Radikalisierung seit der Gründung im Jahr 1998. Das Buch enthält darüber hinaus drei weitere Aufsätze von José Saramago, Ignacio Ramonet und Bernard Cassen. Mit der Auswahl dieser Autoren konterkariert Jung allerdings ihre Methode, die prominenten Köpfe immer wieder in ihre sozialen und politischen Kontexte zurückzusetzen.

Die Pluralität der Bewegung

Der Attac-Kongress mit mehr als 3'000 TeilnehmerInnen im Oktober 2001 in Berlin trug nach dem durch die Großdemonstrationen in Genua ausgelösten Aufbruch dazu bei, den Aufbau von

Attac Deutschland inhaltlich zu intensivieren. Neben den Reden prominenter Medienstars wie Oskar Lafontaine, Susanne George, Jean Ziegler und Bernard Cassen fanden in über 80 Arbeitsgruppen bisweilen höchst spannende Diskussionen über Aspekte des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, über die Kriege der USA und anderer Großmächte und die strategische Orientierung von Attac statt. Hervorzuheben ist zum Beispiel die Sitzung über Privatisierungen im Gesundheitswesen und die von der sozial-grünliberalen Regierung vorangetriebene Gegen-Gesundheitsreform. Das von Attac Deutschland herausgegebene Buch *Eine andere Welt ist möglich!* dokumentiert einige Kongressbeiträge und bietet einen Einblick in die aktuelle Diskussion der Bewegung.

Der von den vier AktivistInnen Christine Buchholz, Anne Karras, Oliver Nachtwey und Ingo Schmidt herausgegebene Sammelband *Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch der Globalisierungskritiker* bringt den Ideenreichtum und die Vielfalt noch besser zum Ausdruck. Bekannte internationale Exponenten wie Walden Bello, Naomi Klein und Susanne George stellen ihre Positionen in kurzen Artikeln zur Diskussion. Die HerausgeberInnen haben zudem wertvolle Beiträge von AktivistInnen in Deutschland integriert. Sichtbar werden in diesem Buch die von Grefe, Greffrath und Schumann ignorierten und marginalisierten sozialistischen Positionen. So skizziert Mitherausgeberin Christine Buchholz eine antikapitalistische Perspektive, die sich auf die Klasse der Lohnabhängigen stützt. Ihre Ausführungen sind aber zu kantig geraten. Sie liefert kaum Hinweise darauf, wie die Mehrheit der Lohnabhängigen von einem antikapitalistischen Programm überzeugt werden

könnte. Das zeigt: die Verknüpfung der aktuellen Diskussionen in den Bewegungen mit einer weitergehenden Perspektive ist ein grundsätzliches Problem, das nicht so schnell zu lösen sein wird. Das breite Spektrum des Buches mit seinen 27 kurzen Beiträgen lässt das Buch etwas unstrukturiert erscheinen. Aber gerade darin kommen die Probleme der globalisierungskritischen Bewegung zum Ausdruck. Der gut lesbare Sammelband bietet einen wesentlich authentischeren Einblick in die vielen Gesichter von Attac und anderer Gruppierungen als der saloppe Aufguss von Grefe, Greffrath und Schumann.

Einen Einblick in Aspekte vor allem der angelsächsischen und asiatischen Debatte vermittelt der vom Publizisten Jerry Mander und dem „The Ecologist“-Gründer Edward Goldsmith herausgegebene Sammelband *Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern*. Zu den über zwei Dutzend Autoren zählen auch Richard Barnet und John Cavanagh, die seit den siebziger Jahren mehrere Bücher über multinationale Konzerne verfasst haben; Walden Bello, Hochschullehrer aus den Philippinen und Sprecher der Bewegung Focus on Global South; die Logo Kritikerin Naomi Klein; Martin Khor vom Third World Network in Penang, Malaysia, und Vandana Shiva, Kritikerin des gentech-gestützten Agrobusiness aus Indien. Das Buch versammelt vor allem kritische Analysen von „corporate globalization“ und „corporate power“ sowie des ökologischen Desasters.

Die Tobin Steuer: Einstieg in umfassende Kapitalismuskritik

Während Greffrath die Tobin-Steuer undifferenziert als Kerngeschäft von

Attac bezeichnet, analysiert François Chesnais in *Tobin or not Tobin* die bereits im Jahr 1978 vom Yale-Professor und Nobelpreisträger für Ökonomie James Tobin vorgeschlagene Steuer auf Devisentransaktionen und setzt sie in einen breiteren politischen Kontext. Chesnais ist Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Université Paris-Nord in Villetaneuse und Chefredakteur der Zeitschrift „Carrière rouge“. Er arbeitet im wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich.

Chesnais liefert die wichtigsten Argumente für die Einführung der Steuer und diskutiert die Einwände. Er bietet auch eine gut lesbare kritische Einführung in die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte, die weit über Schumanns Ausführungen hinausgeht. Er beschreibt anschaulich die Macht der Finanzströme, die seit der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse frei um den Globus fließen. Nicht die Regierungen, sondern die Pensionsfonds und die Kapitalanlagegesellschaften entscheiden über den Verlauf der Spekulations-schlachten. Die Steuer, so Tobin, solle als „Sand im Getriebe“ der Finanzmärkte wirken, indem sie die Kosten globaler Finanztransaktionen erhöht. Sie würde damit präventiv wirken, da kurzfristige Transaktionen zur Nutzung geringer Währungsdifferenzen unrentabel wären. Das Problem liege nicht in der technischen Umsetzbarkeit einer solchen Steuer, sondern in ihrer politischen Durchsetzbarkeit. Unter den gegebenen Macht- und Konkurrenzverhältnissen ist es unwahrscheinlich, dass die G8-Staaten, die Länder der EU, die Schweiz, Singapur, Hongkong und Australien am gleichen Strang ziehen.

Chesnais zeigt, dass die Herausforderungen umfassender sind. Letztlich seien die Finanzmärkte Ausdruck der allgemeinen Logik des Profits und der

Konkurrenz im Kapitalismus. Daher gehe es nicht darum, den Kapitalismus mit technischen Eingriffen von seinen eigenen Krisen zu befreien. Vielmehr sei die Kampagne für die Tobin-Steuer ein Einstieg in eine breite politische Diskussion mit Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Jugendlichen über das Finanzsystem und damit über den gegenwärtigen Kapitalismus. Die unmittelbare Bedeutung der Diskussion liege in ihrem erzieherischen Wert und in ihrem Symbolcharakter. Die Einführung der Tobin Tax sei damit nicht ein Ziel an sich. Es gehe um den Aufbau einer starken Gegenbewegung zur neoliberalen Gegenreform. Im letzten Abschnitt stellt er „die Frage nach den horrenden sozialen und menschlichen Kosten des Kapitalismus und damit nach der Notwendigkeit der Suche nach einem Ausweg“ (S. 95).

Zur Globalisierung von unten

Die Dynamik der Bewegung ist nur unter Beachtung der ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen seit den achtziger Jahren zu verstehen. Christophe Aguitons Buch *Was bewegt die Globalisierungskritiker? Von Attac zu Via Campesina* ist die erste Synthese über die globalisierungskritische Bewegung mit ihren unterschiedlichen Bedingungen, Vorläufern, Akteuren und Strömungen. Aguiton selber ist Akteur der Bewegung. Er beteiligte sich an der Gründung der Gewerkschaft SUD (Solidaires Unitaires Démocratiques) bei France Telecom, der Erwerbslosenorganisation *Agir contre le chômage* und den *Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung*. Bis vor kurzem war Aguiton Verantwortlicher für internationale Beziehungen von Attac Frankreich.

In Anlehnung an theoretische Arbeiten von François Chesnais (u.a. 1997; 2000) konstatiert Aguiton, dass sich der Kapitalismus in einer neuen Phase befinde. Die wachsende Macht der Finanzmärkte für das Investitionsverhalten, die Veränderungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie der Grundlagen des Konsums führten in den USA und in Großbritannien zur Ausprägung eines neuen, finanzkapital-dominierten Akkumulationsregimes. Er stellt klar, dass die drei hegemonialen Mächte der Triade – die USA, Europa und Japan – trotz ihrer Rivalität dieselbe Politik verfolgen: Liberalisierung des Handels, Privatisierungen, Deregulierungen und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben. Die gleichen heiligen Prinzipien fänden sich in den „Maastricht-Kriterien“ der EU und in den Strukturanpassungsprogrammen des IWF. Die Periode, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang nahm und durch den Ausbau der öffentlichen Dienste, der sozialen Sicherheit und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik gekennzeichnet war, sei beendet.

Mit der Implosion der bürokratischen Diktaturen im Osten erlebte der Liberalismus einerseits einen Triumph, andererseits befreite das Ende der bipolaren Welt des Kalten Krieges die sozialen Bewegungen auch vom Zwang, „ihr Lager“ zu wählen. Aguiton argumentiert, dass genau diese Öffnung der Situation es erlaubte, einen neuen Internationalismus zu entwickeln und den gemeinsamen Kampf der sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung aufzunehmen. Entgegen anderen Strömungen in der Linken, die den fortschrittlichen Charakter der Sowjetunion oder die stabilisierende Wirkung ihrer bloßen Existenz betonen, bekräftigt Aguiton damit die positiven Effekte, die sich aus dem Zusam-

menbruch der bürokratischen Systeme ergaben.

Aguiton beschreibt die Unterschiedlichkeit der Bewegungen, die auch Spannungen hervorruft. Geht es primär darum, die Kräfteverhältnisse durch eine militante und konsequente Arbeit an der Basis zu verändern oder sind Verhandlungen angebracht? Wie sind die spezifischen Identitäten der Akteure zu integrieren und zu kombinieren? Hervorzuheben ist, dass Aguiton die Problematik des Zusammenspiels der unterschiedlichen Ebenen lokal, national, kontinental und global erkennt. (vgl. Zeller 2000) Auf welcher Ebene agieren die Gegner, auf welcher Ebene kann die Bewegung die Kräfteverhältnisse verändern?

Aguiton diskutiert die wichtigsten sozialen Akteure der Bewegung. Zunächst die Gewerkschaften: Die meisten Gewerkschaften orientierten sich an einer „sozialen“ Begleitung des neoliberalen Gesellschaftsumbaus; sie wollen lediglich die Exzesse dieses Umbaus korrigieren. Dennoch seien Ansätze einer grundlegenden Veränderung sichtbar. In Frankreich beteiligten sich die neuen Gewerkschaften SUD und FSU sowie manchmal die CGT an der Bewegung. In Italien seien die COBAS (Basiskomitees) außerhalb der Gewerkschaften entstanden und habe sich die Metallarbeitergewerkschaft FIOM radikalisiert. In den USA habe sich der Dachverband AFL-CIO seit der Wahl von John Sweeney zum Vorsitzenden im Jahr 1995 zunehmend neuorientiert und neue Fragen aufgegriffen. Noch offensichtlicher habe sich eine kämpferische Orientierung bei der brasilianischen CUT, der südkoreanischen KCTU und der südafrikanischen COSATU durchgesetzt. Aguiton setzt hier an den Vorschlägen für einen „social movement unionism“ an (Moody 1997).

Neue Bauernbewegungen sind in einzelnen Ländern ein nicht zu unterschätzender Faktor geworden. Aguiton verweist auf das seit 1993 bestehende Netzwerk *Via Campesina*, das Organisationen mit 50 Millionen Anhängern vereinigt, darunter die *Confédération Paysanne* (deren Sprecher José Bové wurde) und die Vereinigung der Landlosen MST in Brasilien. Frauen, wie beispielsweise jene mehrere Zehntausend, die sich am weltweiten Marsch gegen Gewalt und Armut beteiligten, und die Vereinigungen der Erwerbslosen brächten sich in die Auseinandersetzungen ein, müssten aber in der Bewegung dafür kämpfen, gehört zu werden.

Zuvorderst bei den Mobilisierungen seien oftmals neue Bewegungen und Netzwerke von radikalisierten Jugendlichen wie *Reclaim the Streets* in England, das *Direct Action Network* in den USA, die *Centri Sociali* in Italien und der *Movimiento de Resistencia Global* in Spanien. Diese Ansätze riskierten zugleich, sich zu isolieren. Aguiton betont, dass das fruchtbare Zusammenführen dieser oftmals libertär orientierten Netzwerke mit der Arbeiterbewegung zu den wichtigsten Herausforderungen der gesamten Bewegung gehöre. Eine weitere Komponente im Widerstand gegen „corporate globalization“, wie es in den USA heißt, sind die weltweiten gemeinsamen Kampagnen gegen die Verschuldung der Dritten Welt, gegen die WTO und für die Tobin-Steuer, die von Netzwerken wie *Jubilee 2000*, *Third World Network*, *International Forum on Globalisation*, *Focus on the Global South* oder *Attac* lanciert wurden. Kritisch stellt Aguiton fest, dass viele NGOs den Umrarmungsversuchen des IWF, der Weltbank und anderer Institutionen erliegen. Sie müssten sich entscheiden: stellen sie sich auf die Seite der sozialen

Bewegungen oder begnügen sie sich mit der finanziell vielleicht verlockenden Rolle von Subunternehmern der internationalen Institutionen und Regierungen.

Aguiton identifiziert drei Pole in der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung: den radikalen internationalistischen Pol, den nationalistisch-protektionistischen Pol und den neoreformistischen Pol, der sich für eine Reform der internationalen Institutionen einsetzt. Zum Schluss kritisiert Aguiton zu Recht die „Empire“-Thesen von Antonio Negri und Michael Hardt, die Relokalisierungsperspektive von Martin Khor, die Betonung lokaler Gemeinschaften und der Familie durch Edward Goldsmith (siehe die Beiträge im Sammelband von Mander and Goldsmith 2002) und die Perspektive einer Regulierung des Globalisierungsprozesses. Aguitons Buch erschließt, die vielgesichtigen Aspekte der Bewegung im Kontext einer neuen Phase von sozialen Kämpfen. Obwohl sich Aguiton dem radikalen internationalistischen Pol zurechnet, unterlässt er es, zumindest einige Ansätze aufzuzeigen, die dazu beitragen könnten, eine antikapitalistische Dynamik weiterzudenken. Letztlich treibt er damit die Debatte nicht voran, sondern beschreibt nur ihre wichtigsten Protagonisten. Die Lektüre hinterlässt den Eindruck, dass das letzte Buchdrittel noch zu schreiben bleibt.

Eine globale Emanzipationsbewegung: Übergang wohin?

Tatsächlich sind die weitergehenden Ziele der Bewegung(en) noch unklar. Ein emanzipatorischer Gegenentwurf zum neoliberalen entfesselten Kapitalismus und zum sozialliberal-grünen Begleitprogramm fehlt. Die Wieder-

auflage eines keynesianischen Wohlfahrtsstaates ist ebenso unrealistisch wie jede Bezugnahme auf eine bürokratische Kommandowirtschaft unglaubwürdig ist. Die sozialdemokratische Regierungs„linke“ sowie die Organisationen und Ideen, die in der Traditionslinie der staatsbürokratischen Gesellschaften stehen, können in keiner Weise konzeptionelle Bezugspunkte zur Entwicklung einer emanzipatorischen Alternative sein.

Unmittelbar geht es darum, die Kräfteverhältnisse zu verändern. Die erfolgreichen Demonstrationen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die neoliberale Globalisierung nicht nur auf den Finanzmärkten und den Konferenzen des IWF und WTO, sondern überall stattfindet – und zwar konkret vor Ort. Das wirft die Frage nach dem Zusammenspiel internationaler Kampagnen und den Auseinandersetzungen zum Beispiel gegen Privatisierungen und die Erwerbslosigkeit vor Ort auf. Damit sind wir bei der Bündnisproblematik. Bündnisse mit Gewerkschaften sind sinnvoll und können zugleich äußerst problematisch sein. Beispiele in Frankreich, Italien und sogar in den USA zeugen von Impulsen für eine gegenseitige Weiterentwicklung. Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di in Deutschland zeigt aber auch, dass die klassischen bürokratischen Gewerkschaftsapparate bestrebt sind, Organisationen wie Attac zu vereinnahmen, um gegenüber dem jüngeren Publikum etwas dynamischer zu erscheinen. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern eine Form des politischen Marketings. Diese Problematik zeigt sich in den Vorbereitungen zum Europäischen Sozialgipfel in Florenz im November 2002. Die Umarmung der Bewegung

hindert die Gewerkschaften nicht daran, in ihren täglichen Auseinandersetzungen gegenüber den Unternehmensleitungen und den Regierungen die gewohnte, perspektivlose Unterordnung weiterzuführen.

Die zentrale strategische Herausforderung besteht darin, Vorschläge zu entwickeln, die am Bewusstseinsstand nicht nur der Bewegung, sondern großer Teile der Lohnabhängigen ansetzen und gleichzeitig eine weitergehende emanzipatorische und antikapitalistische Dynamik eröffnen können. Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Tragweite des Problems. „*Gesundheit ist keine Ware*“, sagt Attac Deutschland. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, in dem die Gesundheitsdienstleistungen tatsächlich nicht mehr warenförmig sind? Und die Versicherungsdienstleistungen: Sollen sie keine Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen auch sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Privatisierungen sind kaum mit einer Verteidigung der obrigkeitstaatlichen Kontrolle zu verhindern.

Aber welche Vorschläge zielen in die Richtung einer sozialen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste durch die Beschäftigten und die BenutzerInnen? Diese Fragen konsequent weitergedacht führen uns zu einer grundsätzlichen Herausforderung: die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben. Die radikale Demokratisierung einer globalen Citoyenneté und die soziale Aneignung von Dienstleistungen und Produktionsprozesse: das sind die Elemente zur Konzipierung einer gesellschaftlichen Alternative.

Literatur

- Aguiton, C., 2002: Von Attac zu Via Campesina. Was bewegt die Kritiker der Globalisierung. Köln
- Attac Deutschland (Hrsg.), 2002: Eine andere Welt ist möglich! Dokumentation des Attac-Kongresses vom 19.-21.2001 in Berlin. Beiträge von Bernard Cassen, Susan George, Horst-Eberhard Richter, Jean Ziegler u.a., Hamburg
- Buchholz, C.; Karrass, A.; Nachtwey, O. und Schmidt, I. (Hrsg.), 2002: Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker. Köln
- Chesnais, F., 1997: La mondialisation du capital (nouvelle édition augmentée). Paris
- Chesnais, F., 2000: Crises de la finance ou prémisses de crises économiques propres au régime d'accumulation actuel? In: F. Chesnais und D. Plihon (Hrsg.): Les pièges de la finance mondiale. Paris
- Chesnais, F., 2001: Tobin or not Tobin: Eine internationale Kapitalsteuer. Konstanz
- Grefe, C. / Greffrath, M. / Schumann, H., 2002: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? Berlin
- Jung, R. (Hrsg.), 2002: Attac: Sand im Getriebe. Hamburg
- Mander, J. / Goldsmith, E. (Hrsg.), 2002: Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. München
- Moody, K., 1997: Workers in a Lean World. London, New York
- Zeller, C., 2000: Re-scaling power relations between trade unions and corporate management in a globalising pharmaceutical industry. The case of the acquisition of Boehringer Mannheim by Hoffmann-La Roche. In: Environment & Planning A 32 (9), S. 1545-67

Stefan Howald

New Labour unter Druck – Aufschwung britischer Gewerkschaften

Im Jahr 1997, als Tony Blairs New Labour einen überwältigenden Wahlsieg errang, waren Streiks in Grossbritannien, nach 18 Jahren konservativer Herrschaft und massiv restriktiven Gewerkschaftsgesetzen, auf ein Rekordtief gesunken. Im ersten Halbjahr 2002 ist bereits dreimal häufiger gestreikt worden als damals im ganzen Jahr. Es sind nicht etwa Streiks, die durch ein von der neuen Regierung geschaffenes arbeitnehmerfreundliches Klima ermutigt worden wären, sondern zumeist Streiks gegen die Labour-Regierung.

Denn der Lack von New Labour blättert zusehends ab. Als stärkste Oppositionsmacht beginnen sich die Gewerk-

schaften zu profilieren. Bei der Wahl neuer Gewerkschaftsführer haben in den letzten achtzehn Monaten ausnahmslos radikalere, regierungskritische Kandidaten gewonnen. Am Kongress des Gewerkschaftsbundes Ende September wurde die Rede von Tony Blair mit misstrauischem Schweigen quittiert. Am Labour-Parteitag Anfang Oktober erlitt er eine herbe Niederlage, was die grundsätzliche Ausrichtung seiner Wirtschaftspolitik, die Quasi-Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen durch die so genannte Private Finance Initiative angeht.

Gegen alle Widerstände seitens der Gewerkschaften, der Reihen in der eigenen Partei und der Öffentlichkeit hält

Tony Blair hartnäckig an seiner Strategie der „Modernisierung“ fest. Nicht Abbruch, sondern Verschärfung der Reformen, lautet die Durchhalteparole. Wenn er sich nicht gerade als weltpolitischer Staatsmann gebärdet und den Krieg gegen diverse „Mächte des Bösen“ vorbereiten hilft, dann konzentriert er seine innenpolitischen Anstrengungen auf den Umbau des staatlichen Sektors. Der muss sich privatwirtschaftlicher Effizienz unterwerfen, damit alle Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen mehr freie Wahl haben. Der Politologe Philip Bobbitt hat dafür den Begriff Marktstaat (market state) geprägt, der die Ideologie des Nationalstaats endgültig abgelöst habe. Blairs amerikanisch inspiriertes Modell kann vordergründig einige Erfolge aufweisen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt mit 5,2 Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt. Zwar ist das Beschäftigungswunder zumeist mit schlecht bezahlten Teilzeitjobs erkaufte worden. Dennoch, ein Teilzeitjob macht nicht nur in der Statistik einen Unterschied, sondern auch für die Betroffenen.

Umgekehrt erschweren Teilzeitjobs die kollektive Arbeitnehmervertretung. Die englischen Gewerkschaften zeichneten sich lange durch eine starke Spezialisierung und Zersplitterung aus. Obwohl in den letzten Jahren Zusammenschlüsse stattgefunden haben, sind noch immer 70 Gewerkschaften dem Gewerkschaftsbund angeschlossen. Dabei hat sich noch stärker als auf dem Kontinent eine Spaltung ergeben. In der Privatwirtschaft sind jene Sparten mit traditionell starker Gewerkschaftsvertretung, etwa Bergbau oder Metallindustrie, weitgehend zerstört worden; in der neuen Ökonomie oder bei den flexibilisierten Arbeitsplätzen haben die Gewerkschaften noch kaum Fuss

gefasst. So ist der öffentliche Dienst zur Bastion der Gewerkschaften geworden: Während der Organisationsgrad hier bei 60 Prozent liegt, ist er in der Privatwirtschaft auf 20 Prozent gesunken. In den letzten zwei Jahren sind die Mitgliederzahlen zwar leicht gestiegen, doch bleibt der durchschnittliche Organisationsgrad mit 30 Prozent weiterhin auf historischem Tiefstand.

Den Aufbruch der Gewerkschaftsbewegung repräsentiert vor allem eine neue Generation jüngst gewählter Gewerkschaftsführer. Einige von ihnen kommen aus linken – kommunistischen oder trotzkistischen – Parteizusammenhängen, die sich zumeist in der Socialist Alliance gefunden haben; andere sind parteipolitisch ungebundene Pragmatiker, die eingesehen haben, dass die Gewerkschaftsbasis nach fünf Jahren New Labour radikalere Schritte wünscht. Zu ersteren zählen die Führer der Bahnarbeitergewerkschaften RMT und Aslef, Bob Crow und Mick Rix, ebenso wie Andy Gilchrist von der Feuerwehrgewerkschaft FBU oder Mark Serwotka von der PCS, die staatlich Bedienstete bis hin zu Steuerbeamten organisiert. Derek Simpson, der in einer sensationellen Wahl zum Co-Präsidenten von Amicus, der Gewerkschaft von Mechanikern, Technikern und Wissenschaftlern im Industriebereich, den Blair-Intimus Sir Ken Jackson schlug, Dave Prentis, Generalsekretär der grössten, im Gesundheits- und Schulwesen tätigen, Gewerkschaft Unison, sowie Billy Hayes von der Postarbeitergewerkschaft CWU vertreten dagegen einen radikaleren Kurs ohne klare parteipolitische Verbindungen. Auch der altgediente John Edmonds von der GMB, die verschiedene Staatssektoren abdeckt, macht mit zunehmend heftigen Attacken auf Blair von sich reden. Der einzige schwarze

Gewerkschaftsführer, Bill Morris von der Transportgewerkschaft TGWU, gilt da schon als gemässigt, obwohl er sich mit der Regierung vor allem in Fragen der Asylpolitik angelegt hat.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen und Streiks haben verschiedene Gründe. Teilweise handelt es sich um herkömmliche Lohnkämpfe, etwa bei den Eisenbahn- und U-Bahnarbeitern oder im Bereich der kommunalen Verwaltung, wo dank eines flächendeckenden Streiks Erhöhungen der pitoyablen Minimallöhne um 8 Prozent erreicht wurden; auch bei der Feuerwehr soll erstmals seit 25 Jahren für bessere Löhne gestreikt werden. Bei den Bahnen hat die von den Konservativen durchgepeitschte und von New Labour sanktionierte Privatisierung zur ironischen Konsequenz geführt, dass einzelne Betriebsgesellschaften auf dem zersplitterten Bahnnetz anfälliger für regionale Streiks geworden sind.

Auf nationaler Ebene fordern die Gewerkschaften eine Erhöhung des gesetzlich verankerten Mindestlohns – der trotz stufenweiser Erhöhungen auf 4.20 Pfund (10 Franken) weiterhin auf skandalösem Niveau verharrt – sowie eine Sicherung der Pensionskassen, die von den Unternehmen zunehmend als Selbstbedienungsladen missbraucht werden.

Hauptstreitpunkt mit der Regierung – und zugleich jener Punkt, wo die Gewerkschaftsbewegung übergreifende gesellschaftspolitische Bedeutung gewinnt – ist allerdings die Private Finance Initiative (PFI). In ihrem Rahmen erstellt die Privatwirtschaft Spitäler, Schulen und andere öffentliche Infrastrukturbauten, die der Staat dann langfristig mietet. New Labour verkauft das Konzept mit dem Argument, nur so könne genügend Kapital in die Renovation des öffentlichen Dienstes

fliessen; zudem trage die Privatwirtschaft dank vertraglicher Auflagen das Risiko für verzögerte oder qualitativ ungenügende Bauten. Unabhängige Untersuchungen stimmen darin überein, dass die PFI den Staat auf die Dauer mehr kostet, als wenn er Geld durch eigene Anleihen aufnehmen würde; letztlich bleiben die so erstellten Bauten in Privathand, und den meisten Arbeitnehmern drohen beim Wechsel in den Privatsektor schlechtere Arbeitsbedingungen.

Kurzfristig hingegen fallen die Kapitalausgaben nicht als Staatsausgaben an, so dass New Labour sich als Regierung profilieren kann, die die Staatsquote tiefer hält, als es selbst Margaret Thatcher in den 1980er Jahren schaffte, und die Steuern nicht erhöhen muss. Tony Blair, der immer wieder betont, dass er pragmatisch einen Ausgleich zwischen privatwirtschaftlicher Effizienz und staatlicher Fürsorgepflicht sucht, hat den Vorrang der Privatwirtschaft längst ideologisch verinnerlicht. Das nimmt im Fall der Londoner U-Bahn absurde Formen an, wo das Betriebsnetz wegen PFI aufgesplittet werden soll, obwohl das desaströse Resultat einer entsprechenden Massnahme bei der Eisenbahn auf der Hand liegt.

Der Kampf gegen die schleichende Privatisierung der PFI wird durch die britischen Gewerkschaftsgesetze behindert, die auch unter New Labour die rigidesten in Westeuropa geblieben sind und zum Beispiel politisch motivierte Kampfmassnahmen verbieten. Ein Streik bei der U-Bahn darf deshalb nicht gegen die Privatisierungspolitik geführt, sondern muss indirekt, mit Sicherheitsbedenken gegenüber der Zersplitterung des Betriebsnetzes begründet werden. Legal ebenso eingeschränkt sind übergreifende Aktionen. Der TUC (Gewerkschaftsbund), traditionell nicht beson-

ders stark, bleibt eine Schattenmacht ohne wirkliche Muskelkraft. Dazu kommt eine gewerkschaftsinterne Spaltung hinsichtlich des Euro. Einige Gewerkschaften, vor allem im Exportsektor, sind vehement für einen Beitritt Grossbritanniens zur Eurozone, andere, etwa im Gesundheitswesen, stellen sich ebenso vehement dagegen.

Grundsätzlicher wirken sich zwei andere Schwächen aus. Erstens bedeutet die schwache Verankerung im Privatbereich, dass die Gewerkschaften nur eine Minderheit der jungen Arbeitnehmer erreichen, die meist in den flexibilisierten, ungeschützten Privatsektoren arbeiten. Zweitens sind sie bisher mit ihren Aktionen kaum über ihre Klientel hinausgelangt. Der New-Labour-Präsident Charles Clarke hat den Gewerkschaften polemisch vorgeworfen, sie verträten nur die Produzenten-Interessen, nicht die Konsumenten-Interessen. Eine solche Sprache, die nicht nur Schüler und Eltern, sondern auch Spitalpatienten zu Konsumenten erklärt, unterwirft sich widerstandslos der durchgehenden Kommerzialisierung und Individualisierung aller Lebensbereiche. Doch ein Interessengegensatz bleibt darin richtig erkannt, dessen Ausnützung massgeblich zum Erfolg des Neoliberalismus beitrug. Objektiv gesehen kämpfen die Gewerkschaften zwar für die Benutzer staatlicher

Dienstleistungen, aber in der Praxis selten mit diesen. Zu Beginn der Bahn-Privatisierung entstanden Gruppen kritischer Passagiere, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden. Sie sind sanft entschlafen, obwohl sich die Lage seither verschlechtert hat. So bleibt der Protest gegen das zerfallende Transportsystem auf die individuelle Frustration beschränkt. Anders als etwa in Italien gibt es keine übergreifende Oppositionsbewegung mit einem Anführer, der die Widerstandskräfte gegen New Labour bündeln könnte.

Der Publizist George Monbiot, der ein massgebliches Werk über „The corporate takeover of Britain“, die Übernahme Grossbritanniens durch die Grosskonzerne, geschrieben hat, hält die Gewerkschaften für das letzte Bollwerk gegen diese Übernahme. Bisher hat die Regierung rund 450 PFI-Projekte beschlossen. Der Kampf dagegen muss auch auf der konkreten Ebene von Vernehmlassungen und Bürgerprotesten geführt werden; dies erfordert viel Sachkenntnis, Zeit und Geld. Die Gewerkschaften verfügen über alle drei Ressourcen. Paradoxerweise könnte also die hartnäckige Arbeit von Gewerkschaftsvertretern in lokalen Fragen für den Aufschwung der neuen Gewerkschaftsbewegung ebenso wichtig werden wie spektakuläre Streikaktionen.

Staat, Macht und die globalisierungskritische Bewegung. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas*

Es ist ganz selbstverständlich, dass Nicos Poulantzas 1977 nicht alle Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus antizipieren konnte. Dennoch sollten wir uns fragen, warum sein Werk *Staatstheorie* (dt. 1978) eine Neuherausgabe und eine neuerliche Rezeption verdient. Der einfache Hinweis darauf, dass er ein reiches und originelles Werk hinterlassen hat, das wert ist, zur Kenntnis genommen zu werden, weil es instruktiv ist für jede weitere Beschäftigung mit der Frage des kapitalistischen Staates, ist nur ein Teil der Antwort. Das allein würde es rechtfertigen, sein wichtigstes Buch erneut zugänglich zu machen. Die wichtige Frage ist jedoch, ob sein Werk geeignet ist, ein neues Licht auf Probleme zu werfen, die bis heute andauern und – wie in mancher Hinsicht festgestellt werden kann – zu oft fruchtlosen Debatten Anlass gaben; mehr noch, ob es ein Anregungspotential für die Analyse und Beurteilung ganz neuartiger Entwicklungen und Probleme bietet. Wir meinen, dass dies der Fall ist.

Es sind mindestens acht theoretische Aspekte von Poulantzas' Überlegungen, die wir für weiterhin fruchtbar halten. Das ist, erstens, die These, daß sich die Artikulation des Ökonomischen und des Außerökonomischen in der bzw. durch die Reproduktion des Kapitalverhältnisses ändert – und in der bzw. durch die Reproduktion der Funktion des Staates, solche Prozesse der Reartikulation zu organisieren. Der Staat ist also nicht selbstverständlich gegeben, sondern muß im Verlauf der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst jeweils neu reproduziert

werden. Dies führt zu dem zweiten Aspekt. Von besonderer Bedeutung ist Poulantzas' Bestimmung des Staates als gesellschaftliches Verhältnis. Er ist, um es mit einer Formulierung von Foucault zu sagen, die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. So stellt sich die Frage, wie die gesellschaftlichen Konflikte und Kräfteverhältnisse die konkrete Form annehmen, in denen sie sich über eine gewisse Zeit reproduzieren können. Der kapitalistische Staat wird als ein Prozeß sich ständig verschiebender und verändernder Kompromiß- und Kräftegleichgewichte zwischen verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen dechiffriert.

Drittens halten wir Poulantzas' Versuch für anregend, die Analyse der Staatsmacht und der Staatsapparate in den Zusammenhang mit Prozessen der Reproduktion und Rekonstitution der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu bringen, den Staat als ein Verhältnis von Macht und Wissen zu begreifen. Wichtig erscheint uns viertens Poulantzas' Einsicht – von ihm erstmals in „Klassen im Kapitalismus - heute“ entwickelt –, daß die Bourgeoisie keine einheitliche und ihrer Form und ihren Interessen nach stabile und unveränderliche Klasse ist. In der Geschichte der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bilden sich verschiedene Formen des Eigentums und der Verfügung darüber heraus; das Kapitaleigentum kann neue, bislang unbekannte Formen annehmen und damit auch den Charakter der über es verfügenden Kapitalfraktionen verändern. Fünftens ist die Überlegung bedeutungsvoll, daß Klassen sich nicht unabhängig voneinan-

der, sondern nur in der Auseinandersetzung miteinander formieren. In diesem Formationsprozeß ist der Staat immer schon präsent. Damit wird die These vertreten, daß jede spezifische Lebensform und -weise der gesellschaftlichen Akteure als eine besondere Konstellation des Kräfteverhältnisses dechiffriert werden muß. Es bedeutet zudem, daß auch der Widerstand immer schon auf dem Terrain staatlich organisierter Herrschaft angesiedelt ist und die Art und Weise, wie er praktiziert wird, selbst ein Gegenstand kritischer Analyse sein muß.

Sechstens möchten wir den Aspekt der Raum-Zeitlichkeit des kapitalistischen Staates und seine Rolle bei der Konstruktion und Rekonstruktion der raum-zeitlichen Matrices der ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse betonen. Siebtens sei noch einmal auf die wichtige Analyse der Entwicklung des autoritären Etatismus, seine politische Dynamik und Bedeutung von Machtnetzwerken bei der Vereinheitlichung des Staates hingewiesen. Schließlich sind wir der Ansicht, daß Poulantzas' Versuch, eine neue politische Strategie für einen Weg hin zum demokratischen Sozialismus zu formulieren, wert wäre, aufgegriffen und fortgesetzt zu werden.

Theoretische Entwürfe haben Konjunkturen, die mit denen politischer Kräfteverhältnisse und sozialer Bewegungen verbunden sind. Die wichtigen Arbeiten von Poulantzas fallen in eine Zeit, in der im Kontext der Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre eine grundlegende Analyse der fordistischen Form des Kapitalismus und des Staates formuliert wurde; verbunden war dies mit dem Versuch einer radikalen Kritik staatsreformistischer Analysen. Die in der Mitte der 1970er Jahre einsetzende Krise des Fordismus

und des nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaats haben diese Kritik nachhaltig bestätigt. Das Verdienst von Poulantzas liegt in diesem Zusammenhang nicht zuletzt darin, nachgewiesen zu haben, dass der kapitalistische Staat eben keine neutrale und den Produktionsverhältnissen äußerlich gegenüberstehende Instanz ist. Er ist ein grundlegender Bestandteil der Reproduktion und Regulation kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse; als institutioneller Ort und Kristallisationspunkt von Klassenbeziehungen ist er selbst ein Terrain sozialer Kämpfe.

Mit der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen und der damit verbundenen Tendenzen zur Parlamentarisierung der Proteste geriet dieser kritische Ansatz allmählich in Vergessenheit. Materialistische Staatstheorie stieß im allgemeinen auf wenig Gegenliebe. Das Interesse, Politik zu gestalten, und die Bereitschaft zur Anpassung gingen eng verbunden miteinander einher; kritische und strategische Analyse, die auf die Ambivalenzen und Grenzen auch einer guten Reformpolitik hinwies, war im alltäglichen Handgemein konkret politischer kaum gefragt. Heute, da die Folgen des neoliberal restrukturierten postfordistischen Kapitalismus und seine Krisendynamik offensichtlich werden und sich die engen Grenzen einer Strategie des sogenannten Dritten Weges einer neoliberalisierten Sozialdemokratie zeigen, beginnt sich dies wieder zu ändern.

Die globalisierungskritische Bewegung wirft die Frage nach dem Staat und der Möglichkeit der Spielräume, mit dem und gegen den Staat zu handeln, erneut auf. Die zu beobachtenden politisch-theoretischen Positionen oszillieren zwischen einer radikalen Ablehnung aller Formen etatistischer Po-

litik und Ansätzen zu einer Neuauflage staatsreformistischer Strategien, wie sie zum Beispiel im Umkreis von Attac festzustellen ist. Eine erneute und kritische Rezeption der Poulantzasschen Theorie könnte einiges dazu beitragen, diese Debatte vor falschen Dichotomisierungen und Frontstellungen zu bewahren und zu einem genaueren Verständnis dessen beizutragen, was „Staat“ ist, und welche Rolle er in emanzipatorischen politischen Prozessen spielt bzw. was man von ihm nicht erwarten kann. Eine solche Rezeption sollte, das versteht sich, kein nostalgisches Unternehmen sein. Es geht darum, Anregungen für das Verständnis der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen, für die politische Praxis wie für die weiter fortgeschrittenen theoretischen Diskussionen zu finden. (...)

Sicher ist es auf die angesprochene Entwicklung zurückzuführen, dass

nach unserem Eindruck das Interesse an Poulantzas in der jüngsten Zeit wieder erwacht ist – nicht so sehr auf dem akademischen Feld einer Politikwissenschaft, die ihre Aufgabe mehr und mehr in Politikberatung zu sehen scheint und dabei kritisch-materialistische Analysen nur als störend empfindet, um so mehr aber im Kontext politisch-sozialer Bewegungen, die die bestehenden ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse radikal in Frage stellen und zumindest beanspruchen, der Hoffnung, eine andere Welt sei möglich, eine praktische Bedeutung zu verleihen.

*Aus der Einleitung der Neuherausgabe von Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. (Einleitung von Alex Demirovic, Joachim Hirsch, Bob Jessop). VSA-Verlag Hamburg 2002, 294 S., 18 €.

Heinz Nigg (Hg.): „Wir wollen alles, und zwar subito.“ Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Limmat-Verlag, Zürich 2001 (532 S. + DVD, Fr. 68.–)

Schwer wie ein Pflasterstein ist es, dieses Buch über die Achtziger-Bewegung in der Schweiz, höchst eigenwillig in der Ästhetik, was Grafik und Layout angeht, fast so, als wollten Herausgeber und der Verlag den Geist der Achtziger-Bewegung nach zwanzig Jahren nochmals heraufbeschwören. Nicht einfach ein trockenes Geschichtsbuch oder eine nostalgische Dokumentation wollten sie publizieren, sondern ein gleichzeitig wohl geordnetes und dennoch mehrere Ebenen umfassendes Sammelsurium von Fakten, Zeitdokumenten, Aufarbeitungen und Rückblick-

ken – also eben gerade nicht Geschichtsschreibung im herkömmlichen Sinn, in der sich HistorikerInnen die von ihnen bearbeitete Vergangenheit als SpezialistInnen immer auch ein Stück weit aneignen.

Als Leser spürt man, selbst mit der offen zugelassenen Schlagseite einer nicht vermeidbaren „Nachträglichkeit“, immer wieder das Engagement der Beteiligten am Thema, damals und heute noch. Und es kommen Zeugnisse und Quellen aus fast allen Szenen der AktivistInnen zu Wort, in verschiedensten Formen der Aufbereitung, die manchmal den Leser ein bisschen überstrapaziert. Was allerdings fehlt, sind Hinweise auf die damalige „linke“ Diskussion, etwa in der „WoZ“, im „Widerspruch“, „Zeitdienst“, „Focus“, „Tell“ etc. Man muss sich an die Verwischung von Wis-

senschaftlichkeit, Journalismus, Kolportage und graphischer Reminiszenz erst einmal gewöhnen.

Bald einmal aber merkt man, dass der Herausgeber Heinz Nigg aus Respekt vor dem Gegenstand eben der Achtziger-Bewegung wohl gar nicht anders konnte, als möglichst alle vorliegenden Quellen zu sammeln und zu berücksichtigen. Denn schliesslich war er ja damals auch mit von der Partie: als Ethnologe und Lehrbeauftragter an der Zürcher Universität, als teilnehmender „wissenschaftlicher“ Beobachter, der die Videoaufnahmen der Ereignisse organisierte und damals ad hoc auswerte- te, diese dann auch der Bewegung zur Verfügung stellte. Die Beschlagnahme dieses Materials durch den Erziehungsdirektor Gilgen führte damals zu einem grossen und international aufsehenerregenden Skandal um das Thema „Freie Wissenschaft versus Staatsmacht“ – guess who won?

Neben den vielen Zeugnissen von Beteiligten und Bewegten aller Art und neben der breit angelegten Dokumentation von Presseerzeugnissen, Flugblättern, Videodokumentationen (in der beigelegten DVD schnittmusterartig zusammengefasst) von damals und anlässlich des 20jährigen „Jubiläums“ der Bewegung, ist es vor allem das Kapitel „Wissenschaftliche Beiträge“, welches mich am meisten interessiert hat. Ich erwartete in irgendeiner Art Antwort auf die Fragen, wie denn die Achtziger- Bewegung zeitgeschichtlich und politisch einzuordnen sei. Welche Resultate für Gegenwart und Zukunft ergeben sich aus einer kritischen Analyse? Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen, sozialen Spannungsverhältnisse und Missstände waren es, die wieder zu einem solch kollektiven, kreativen „Auf- ruhr“ führen könnten, und in welchen Ausdrucksformen könnten, sich dieser

dann möglicherweise gestalten? So inhaltlich reich und klug die mit der nach- träglichen Analyse sich befassenden Essays sind – besonders zu erwähnen sind diejenigen von Hans Peter Kriesi, Heinz Nigg, Christian Schmid und der geschichtlich weit ausholende Beitrag von Tackenberg und Wisler –, die Ant- worten auf diese Fragen bleiben aus.

Man kann sich des Eindrucks, hier interessiere vorwiegend der lokalspezi- fische, anarchische Charakter der Er- eignisse, nicht ganz erwehren. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die biographischen Lebensläufe in den In- terviews mit AktivistInnen; für alle war zwar die Bewegung ein wichtiger Ab- schnitt in ihrem Leben, aber (fast) alle haben ihn hinter sich gelassen, sich im Sinne einer prägenden aber abgeschlos- senen Episode davon verabschiedet. Ob nun ausgerechnet dieses Erinnerungs- Buch wider Willen zum eigentlichen Schlussstrich geworden ist?

Ein wenig naiv und treuherzig muten auch die da und dort geäusserten Ver- mutungen an, die Mächtigen und vor allem die Ordnungskräfte der Stadt Zü- rich hätten aus den damaligen Ereignis- sen etwas gelernt, es gebe heute viele und genügend Freiräume für die Jugend und für die subventionierte alternative Kultur (Rote Fabrik, Berner Reithalle); die Zeit der Rebellion sei offensichtlich vorbei, denn durch die Achtziger-Be- wegung hätte sich ja „eine neue urbane Kultur“ (Schmid, S. 358) etablieren kön- nen. Treffen denn die vielen schneiden- den, manchmal auch etwas pauschalen und protopolitisch anmutenden Äusse- rungen damaliger AktivistInnen und SympathisantInnen heute nicht mehr zu? Zu lesen ist nämlich auch: „Es sind nicht die Menschen, die in dieser Ge- sellschaft bestimmen, sondern es sind Strukturen, Mechanismen, Sachzwän- ge, die über die Menschen bestimmen.

Die toten Sachen dominieren über die lebendigen, anstatt umgekehrt.“ (S.307) „Dieses Sauberkeitsbedürfnis, dieser zwanghafte Drang nach hygienischer Politik und politischer Hygiene leugnet rundweg die Existenz politischer und sozialer Interessensgegensätze.“ (S.317) „Lebensgeschichte und Äusserungen gewalttätiger Jugendlicher zeigen, dass sie, und zwar als Opfer, in besonderem Mass Gewalt erleben und dabei erfahren haben, dass man damit etwas erreicht.“ (S. 319). „Gewalt ist der Bau von Kernkraftwerken in diesem eng besiedelten Land.“ (S.314)

Es ist ein Verdienst der Autoren, dass sie sachlich alle Fakten der Gewalttätigkeiten, die reaktionären und die (pseudo-)revolutionären Einstellungen, dadaistischen Parolen und bitterernsten Empfindungen einander gegenüberstellen und damit im übrigen auch zeigen, dass die Achtziger-Bewegung, so kurzatmig, minderheitlich und chaotisch sie gewesen ist, ein gesamtgesellschaftliches Ereignis war, über dessen Spätfolgen oder gar nachhaltige Auswirkungen in Politik und Kultur man allerdings geteilter Meinung sein kann. Die eigentlichen Ursachen der damaligen Re-

bellion bleiben unklar – sie sind überdeterminiert und lassen sich auch mit nachgelieferten Vermutungen nur schwer genauer klären. Sie zeigen aber, dass das Zusammentreffen von individuell empfundenem Unbehagen im Kollektiv unerwartete und unermessliche Energien freisetzen kann: solche der Kreativität, der Autonomie, der plötzlichen Solidarität, der Polizeigewalt und auch der massivsten Gegengewalt.

Und heute? Sind denn Missstände und Unbehagen geringer als in den frühen Achtzigerjahren? Schlimmste Wohnungsnot in Zürich zum Beispiel, schamlose Abzockereien in der Wirtschaft, Zynismus in der globalisierten Welt, masslose Destruktion der Umwelt usw. Die Stadt aber ruht meistens, wenn nicht gerade ein Theaterskandal provoziert und für kurzfristige Aufregung sorgt („Zürich schreit – Marthaler bleibt“) oder die Techno-Jugend dazwischen auch mal swingt (Street-Parade). Auch nach dem Lesen dieses dicken Schunkens weiss man immer noch nicht, warum es in einer Schweizer Stadt wie Zürich oder Bern plötzlich so anders sein kann.

Berthold Rothschild

Alain Gresh: Israel – Palästina. Hintergründe eines unendlichen Konflikts. Rotpunktverlag. Zürich, 2002 (220 S., Fr. 34.–, € 19.80)

Die Episode liegt ein paar Jahre zurück. Auf der Fahrt vom Flughafen Ben Gurion nach Jerusalem wurde Schweizerdeutsch gesprochen im Kleinbus und niemand beachtete den fremden schweigsamen Reisenden im Fond des Wagens. Die neue Strasse in die heilige

Stadt führt durch Cisjordanien, vorbei an jüdischen Siedlungen und palästinensischen Dörfern. Die Passagiere im Taxi kommentieren lebhaft die Umgebung, loben die Sauberkeit und Ordnung der eben vollendeten Siedlungen und ärgern sich über Chaos und Schmutz in den arabischen Dörfern, die allerdings nur in der Ferne zu sehen sind. Es folgen generelle Einschätzungen „des Arabers an und für sich“, die hier nicht wiedergegeben

werden sollen; hochgradig rassistischen Inhalts waren sie. Zum Missfallen der Passagiere führte die Route in Jerusalem erst in den arabischen Ostteil der Stadt, um den einen Reisenden hier abzusetzen. Er, der bisher geschwiegen hatte, verabschiedete sich nun von den Passagieren, ebenfalls in heimatlichem Dialekt. Diese fragen nun, recht beklommen, ob er denn alles verstanden habe, was sie eben im Wagen so besprochen hatten. Jawohl, hatte er. Und sich so seine Gedanken zum Antirassismus-Gesetz gemacht. Die Passagiere fuhren weiter in Richtung Westjerusalem, in den jüdisch besiedelten Teil der Stadt, der seit 1948 zu Israel gehört. Sie fuhren in das Land, das sie als das Ihrige betrachten.

Das Ihrige? In Erinnerung blieb die Episode nicht nur wegen ihrer schweren Verdaubarkeit. Sondern wegen dieser einen Frage, die sich immer in einer Form stellt, wenn von Israel die Rede ist: Wem gehört Palästina? Alain Gresh, Chefredaktor des „Monde Diplomatique“ und hervorragender Kenner der Levante, gibt uns keine fertige Antwort darauf. Doch er liefert uns auf weniger als 200 Seiten – gut lesbar komprimiert – die historischen Grundlagen und Interpretationshilfen, um das zu verstehen, was in der Medienwelt reichlich schwammig als „Nahostkonflikt“ bezeichnet wird. Bereits mit dem Titel „Israel – Palästina“ macht Gresh seine Position als vehementer Fürsprecher einer Zwei-Staaten-Lösung deutlich. Er reduziert seine Analyse der Palästinafrage auf einen kolonialen Befreiungskampf, dessen Ende erst mit der Ausrufung eines überlebensfähigen Staats der Palästinenser an der Seite Israels eintreten wird. Der frankophone, in Kairo aufgewachsene Autor, Sohn eines Kopten und einer russischen Jüdin, argumentiert aus der Sicht

des liberalen Weltbürgers, dessen Politisierung in Frankreich im antikolonialen Kampf während des Algerienkriegs erfolgte. Nach unzähligen und endlosen Diskussionsabenden über „den Nahostkonflikt“ war es Gresh irgendwann satt, immer und immer wieder auf historische Fakten verweisen zu müssen, die all jenen geläufig sein müssten, die sich zu dieser politischen Tragödie äussern – oder sich auch nur ihre Gedanken darüber machen. Und so lieferte er denn die Grundlagen gleich selbst. Entstanden ist dabei eines der seltenen Werke zum Palästina-Konflikt, das man wirklich gelesen haben muss.

Gresh, der sich „der Partei der Menschen“ zugehörig fühlt, distanziert sich entschieden von jeglichem „natürlichen“ oder religiös begründeten Rechtsanspruch in Palästina, sondern bezieht sich ausschliesslich auf internationales Recht, auf jene Uno-Resolutionen nämlich, die im historischen Palästina dem jüdischen und dem palästinensischen Volk das Recht auf je einen eigenen unabhängigen Staat einräumen. Dass es bisher nicht soweit kam, führt er auf eine selektive Erinnerung zurück. „Wir leben in einer Zeit und in einem Ensemble – Europa –, wo man bis zum Überdruß die ‘Pflicht der Erinnerung’ beschwört. ... Das den Palästinensern zugefügte Unrecht verdient wie anderes Unrecht auch – und die Kolonialzeit war daran reich – Wiedergutmachung und vor allem Anerkennung.“

Der Autor nähert sich dem Orient, wie er selbst sagt, mit dem Kompass der menschlichen Vernunft. Seine Tour beginnt er mit der Balfour-Deklaration, jenem Dokument, mit dem der damalige britische Aussenminister 1917 die Regierung Seiner Majestät verpflichtete, die Errichtung einer na-

tionalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu erleichtern. Damit war die Absicht verbunden, die damals noch junge zionistische Bewegung kontrollieren zu können, ohne dabei den Einfluss über die an Palästina grenzenden arabischen Gebiete zu verlieren. Als Ansprechpartnerin Grossbritanniens in Palästina entwickelte sich die Jewish Agency, deren Hauptaufgabe es war, die jüdische Einwanderung zu beschleunigen. Denn Palästina war alles andere als ein Traumziel. 1928 lebten in Palästina erst 155000 Juden, in den USA waren es im selben Jahr 4 Millionen. 1936 wehrte sich die einheimische palästinensische Bevölkerung erstmals in einem koordinierten bewaffneten Aufstand gegen die organisierte jüdische Besiedlung. Der damalige Vorsitzende der Zionistischen Weltorganisation und spätere Präsident Israels, Chaim Weizmann, schrieb dazu: „Auf der einen Seite entwickeln sich die Kräfte der Zerstörung, die Kräfte der Wüste, auf der anderen Seite stehen unerschütterliche Kräfte der Zivilisation und des Aufbaus. Es ist der alte Krieg der Wüste gegen die Zivilisation, aber wir werden nicht nachgeben.“ Als „das alte Lied des Kolonialismus“ charakterisiert Gresh die Aussage: Zivilisation gegen Barbarei.

Wer aber ist zivilisiert? „Jude ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder zum Judentum übertrat und keiner anderen Religion angehört“, fasst der Autor ein Urteil des israelischen Obergerichts von 1970 zusammen. Er zitiert weiter Hannah Arendt, die, 1961 in einem Brief an ihren Mann, eine Parallele zwischen den Rassenverordnungen der Nazis und bestimmten Gesetzen des „jüdischen Staats“ zieht. Wer ist Jude? Als Referenz wird der Orientalist Maxime Rodinson herbeigezogen. Er unterscheidet vier un-

terschiedliche Gruppen, auf die der Begriff angewendet werden kann. Erstens die Gläubigen einer klar umrissenen Religion. Zweitens die Nachfahren jener Gläubigen, die sich als Angehörige einer ethnisch-nationalen Gemeinschaft verstehen. Als dritte Gruppe figurieren jene, die fern jeder religiösen oder gemeinschaftlichen Bande als Juden betrachtet werden und viertens gibt es die „unbekannten Juden“, deren jüdische Abstammung weder ihnen noch andern bekannt ist.

Bildet nun diese heterogene Gruppe eine Nation? Der britische Historiker Hobsbawm, auf den sich Gresh bezieht, wehrt sich gegen jegliches Definieren einer Nation, nationalistische Bewegungen jedoch lassen sich genau umschreiben. Dazu zählt unzweifelhaft der Zionismus. Ein jüdisches Ensemble, das „als Einheit durch die Geschichte durchhielt“, bestreitet der Autor und stellt die Frage: „Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Juden des Königreichs Salomons im 10. Jahrhundert v. Chr., den Juden Palästinas zur Zeit des römischen Reichs, den Juden in den Gettos des zaristischen Russland und den Juden im heutigen Israel?“

Die Entstehung des politischen Zionismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird als Reaktion gezeichnet auf die damals in der Wissenschaft spriessende unselige Rassenlehre, ihrerseits ein willkommenes Instrument zur moralischen Rechtfertigung der Kolonialmächte. Der Begriff Antisemitismus stammt aus dem Jahr 1873. Wie dieser Zeitgeist auch die führenden Zionisten prägte, wird mit einem Zitat eines ihrer Wortführer, Zeev Jabotinsky belegt: „Gott sei Dank haben wir Juden mit dem, was man Orient nennt, nichts gemein.“ Und in Anspielung auf die aus arabischen Ländern

eingewanderten Juden heisst es: „Wir müssen den Ungebildeten im Volk, die den orientalischen Traditionen und archaischen Gesetzen verhaftet sind, Hilfe bringen. Wir gehen in erster Linie für unser nationales ‘Wohlergehen’ nach Palästina, dann aber auch, um systematisch alle Spuren der ‘orientalischen Seele’ auszufegen.“

Die Aktualität einer derartigen Welt-sicht wird mit einem Zitat des amtierenden israelischen Präsidenten, Katsav, aus dem Vorjahr unterlegt. „Zwischen uns (den Juden) und unserem Feind tut sich ein ungeheurer Abgrund auf, nicht nur was die Fähigkeiten anbelangt, sondern auch in Fragen der Moral, der Kultur, der Heiligkeit des Lebens und des Gewissens.“ Mit solchem Gedankengut liess sich bereits die im Unabhängigkeitskrieg 1947 erfolgte Zerstörung von 470 palästinensischen Dörfern rechtfertigen. Dass im Jahre 2002 rund 200'000 jüdische Siedler in Ostjerusalem leben, etwa ebenso viele in Cisjordanien und rund 7'000 auf einem Drittel der Fläche des hoffnungslos überbevölkerten Gazastreifens, ist Ausdruck einer erfolgreichen Strategie der Siedlungspolitik; doch um den Preis der Errichtung eines Apartheid-Regimes in den besetzten Gebieten, wie an eindrucksvollen Beispielen geschildert wird. Wie kann unter diesen Umständen ein gerechter Friede ausgehandelt werden? Sicher nicht mit einem Diktat des Stärkeren, zu dem das in Oslo 1993 ausgehandelte Abkommen geraten war. Aber sicher auch nicht mit einer amerikanischen Schutzmacht, die seit dem 11. September 2001 ihre Weltpolitik einer widersprüchlichen Terrorismus-Bekämpfung unterordnet.

Bis zum Überdruß wurde das Bild einer „Gewaltspirale in Nahost“ bemüht. Warum getraut sich kaum jemand, das Kind – Palästina – beim

Namen zu nennen? Etwa weil mit der Gründung eines Staates Palästina die Existenzberechtigung Israels in Frage gestellt werden könnte? Oder weil der zugegebenermassen doppeldeutige Name sowohl für das ehemalige britische Mandatsgebiet steht wie auch für einen international nicht anerkannten Staat Palästina in Ostjerusalem, Cisjordanien und dem Gazastreifen? Irreführend ist die Reduzierung der Palästinafrage auf „den Nahostkonflikt“ aber auch darum, weil damit historische Kontinuität zu Gunsten einer geographischen Eingrenzung verwischt wird. Was sich heute zwischen Jenin, Haifa, Jericho, Tel Aviv und Khan Junis abspielt, lässt sich mühelos in den gewaltigen Streit um das Erbe des osmanischen Reichs einreihen. Die jüngsten Kriege im Balkan haben sehr viel mit dieser Erbteilung zu tun, und weit weniger mit der angeblichen Mentalität seiner Bewohner; „den Balkanesen“ gibt es so wenig wie „den Araber“ oder „den Juden“.

Ob dem Kriegselend im Balkan aufgerüttelt, hat sich spätestens nach dem Massaker von Srebrenica in Europa auch unter der ursprünglich pazifistischen neuen Linken die Einsicht durchgesetzt, dass sich das Morden nur mit einem massiven und langfristigen internationalen Truppeneinsatz verhindern lässt. Seither sind Milliarden für Friedenssicherung und Aufbauhilfe nach Bosnien, Kosovo und Mazedonien geflossen. Seine Rechtfertigung findet der gigantische Einsatz mit dem guteuropäischen Vorsatz, interethnische Demokratie innerhalb bestehender Grenzen um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Europa favorisiert im Balkan eine Kohäsionspolitik und hofft, auf diese Weise die verheerenden Kräfte ethnisch begründeter Separierung stoppen zu können. Die Chancen für

einen Erfolg stehen nicht schlecht. Doch warum, so muss man sich fragen, finanziert dasselbe Europa an einer andern Ecke des osmanischen Reichs, in Palästina, einen Prozess, der genau das Gegenteil bezweckt, eine ethnisch begründete Trennung nämlich? Ohne diesen offensichtlichen Widerspruch

explizit zu erwähnen, liefert uns Gresh die historischen Fakten, um den Sonderfall Palästina zumindest zu verstehen. Das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Deshalb kommt man um dieses Buch nicht herum.

Martin Worker

Emilio Modena (Hg.): „Mit den Mitteln der Psychoanalyse ...“, Edition Psycho: Giessen, 2002 (552 S. 24.90 €)

Dieser Band schildert, reflektiert und dokumentiert die Geschichte bzw. viele Geschichten von verschiedenen Themen, die allerdings eng mit dem Psychoanalytischen Seminar Zürich (www.psychanalyse-stiftung.ch), verflochten sind. Da ist zunächst ein stabiles, wenngleich nicht unbedingt konventionelles linkes Selbstverständnis und politisches Engagement. Es hat deutliche mediterrane Wurzeln, bezieht sich auf klassische Topoi linker Politik („Organisationsfrage“), ist aber genauso tief geprägt von den Erfahrungen und Zielen der Jahre 1968 und danach. Zugleich geht es um ein Stück Geschichte der Freudschen Linke sozusagen in voller Breite – um Schwächen und (ideologische) Einseitigkeiten der Theorie, sklerotisierte Institutionen, Opposition und Autonomie, den Kampf um Anerkennung in der Öffentlichkeit, speziell in der Medizin (und insbesondere seitens der Krankenkassen). Es geht um Therapie: um die Möglichkeiten psychoanalytischer Praxis, Leistungen und Grenzen traditioneller Formen und möglicher Alternativen. Und, last but not least, um die Selbstreflexion

von exzentrischen Formen des Lebens mit Gegnern, Freunden, Mitstreitern, Umwelt; um politisches Selbstverständnis mit großen Zielen und (teils recht heftigen) Erfahrungen.

Kurz: Es geht um eine Züricher Institution. Es gibt sie seit mehr als zwanzig Jahren. Sie hat und hatte viele verschiedene Namen: Plattform, Psychoanalytisches Seminar Zürich, Stiftung für Psychoanalyse und Psychotherapie, Praxisgruppe, Projektgruppe, Projekt Kritische Psychoanalyse. Auf dem Buch zeichnet Emilio Modena als Herausgeber. Und das zu Recht – er ist die Seele des Gesamtprojekts. Er ist es auch, der den Band zusammengestellt und die meisten Beiträge geliefert hat. Unterteilt hat er den Sammelband in fünf Teile. Der erste heißt „Wahlverwandtschaften: Zum geistigen Umfeld der Stiftung“ und lässt vor allem Freunde und Mitarbeiter/innen zu Wort kommen (P.Parin, Th.Leithäuser, J.Reichmayer, U.Hauser). Der zweite lautet: „Mit den Mitteln der Psychoanalyse: Subjektivität und Klassenkampf“. Er enthält eine Reihe von Texten zu den empirischen Forschungen der „Stiftung“ und einige methodologische Überlegungen zum empirischen Verfahren. Im dritten Teil geht es um „Die Erfindung und Durchsetzung der delegierten Psychotherapie in der

Schweiz“. Mit Vergnügen wird berichtet, wie es gelang, durch Nutzung der Gesetzeslage neue Arbeitsmöglichkeiten für Psychotherapeuten zu schaffen. Im vierten geht es um das „Zurück zu den Wurzeln: Psychoanalytische Theorie und Praxis“ (R.Heim, M.Wedig, M.Erdheim, u.a.). Im letzten Teil sind Dokumente der Stiftung und ihrer Projekte abgedruckt.

Ein „Jubiläumsband“ ist, aus Lesersicht, meist zwiespältig. Er demonstriert einerseits Zuneigung und Anerkennung, andererseits ist es gelegentlich nervtötend, wenn alles Mögliche (und Unmögliche) zwischen Buchdeckel geklemmt wird. Manche Autorinnen und Autoren sind dabei, aber ohne zusätzliche Arbeit auf sich zu nehmen, sie greifen dann in die Schublade. Auch dieser Band ist nicht frei von eher improvisierten, nicht immer ganz neuen und letztlich disparaten Texten. Schon deswegen macht es wenig Sinn, Text für Text vorzustellen. Ich greife daher einige Themen heraus und lasse andere ganz beiseite. So etwa die interessanten Ausführungen und Vorschläge zur Revision und Weiterentwicklung psychoanalytischer Theorie – sie wären ein Kapitel für sich.

Ein Herzstück des Bandes ist das empirische Projekt „Subjektivität und Klassenkampf“. Es handelt sich um den Versuch, mit Hilfe psychoanalytischer Konzepte in der Form empirischer Sozialforschung Aufklärung darüber zu gewinnen, „was denn eigentlich im Kopf und Herzen einer Arbeiterin oder eines Arbeiters vorgeht, warum sie sich oft nicht so verhalten, wie sie es gemäß der marxistischen Theorie eigentlich sollten“ (S. 291). Zu diesem Thema gibt es statt einer einheitlichen Darstellung eine ganze Reihe von Annäherungen, Verarbeitungen. Manches passt nicht zusammen, vieles blieb unvoll-

endet oder bricht ab. Dies ist kein Zufall. Denn die Texte zeichnen über weite Strecken das Bild einer mühseligen Passion. Schon der Kontakt mit dem Management der Firma, die sich zur Kooperation bereit erklärt hatte, erwies sich als Unterfangen voller Missverständnisse und doppelbödiger Interaktionen.

Noch schwieriger war es, den gewünschten Kontakt mit Arbeitern herzustellen. Trotz ausdauernder Bemühungen meldeten sich gerade mal vier Interessenten. Diese vier – „zwei rebellische 20-jährige Maschinenmechaniker am Ende ihrer Lehrzeit, ein depressiver 40-jähriger Hubstapelfahrer kurz vor der Entlassung und ein aufstrebender Kontrolleur/Vorarbeiter Ende 20“ (S. 261) – entsprachen kaum der Erwartung der Forscher, sozusagen den „Durchschnittsarbeiter“ kennen zu lernen. Zudem erwies sich der Kontakt mit den Probanden als schwierig: keiner machte alle vorgesehenen Schritte des Forschungsmodells mit; alle stiegen vorher aus und/oder erwiesen sich streckenweise als unkooperativ. Man ging sich gegenseitig auf die Nerven, die Arbeiter waren „über die Interviewführung ungehalten“, den Interviewern ist etwa in einem Fall die „penetrante Identifikation mit dem Unternehmerstandpunkt“ (S. 280f.) unangenehm. Gemeinsame Arbeit kam nur punktuell zustande. Und am Ende der Untersuchung ergaben sich kaum verallgemeinerungsfähige Befunde zum „Klassenbewusstsein“ und „Alltagsbewusstsein“ der Arbeiterin bzw. des Arbeiters.

Die Belastungen, die das Projekt bedeutet, zeigt sich bei allen Beteiligten: Die Manager bemühten sich sichtlich irritiert, es in ihrem Weltbild unterzubringen und den Nutzen des Ganzen zu erkennen; die „Beforschten“

konnten sich auf die ihnen fremde Welt der Therapie und der Wissenschaft nicht richtig einstellen; den Forschern ging am Ende die Luft aus. Das Projekt hinterließ daher *prima vista* Enttäuschungen auf allen Seiten.

Ist es deshalb gescheitert? Keineswegs. Das Projekt ist ein mutiges und risikofreudiges Beispiel moderner Sozialforschung in Bereichen, die schwer zugänglich sind und von der Mainstream-Forschung eher gemieden werden. Hinzu kommt, dass es im Rahmen seines theoretischen Ausgangskonzepts dem Modell der „grounded theory“ folgt, also den Prozess der Forschung als eigentliches Medium der Erkenntnis behandelt und präsentiert. Dadurch – und vor allem durch den Einsatz psychoanalytischer Methoden – wird vieles sichtbar, was sonst unsichtbar bliebe oder retuschiert wird. Deutlich wird dadurch das komplexe Zusammenspiel von subkulturellen Differenzen, Erwartungen, Problemen. Was sich die Arbeiter vom Projekt versprochen hatten, wird nicht im Einzelnen diskutiert, aber deutlich wird, dass es für sie die Fortsetzung einer Geschichte von „enttäuschten Hoffnungen“ (S. 264) ist. Suchten sie Hilfe und soziale Unterstützung und fanden statt dessen eine fremde Welt des Denkens und Forschens?

Die Enttäuschung der Forschenden wird deutlicher. Sie bekamen die projektive Seite ihrer Bemühungen vor Augen geführt. „Wir haben es also mit zwei Aus- einem Ab- und einem Aufsteiger zu tun. Welche Enttäuschung! Es ist uns ganz offensichtlich nicht gelungen, den heiß ersehnten ‘Normalarbeiter’ in den Griff zu bekommen. ... Es wurde uns bewusst, dass wir einer Idealisierung aufgesessen waren und unsere Enttäuschung und die entsprechenden Schamgefühle ... dem Zusammenbruch

der Idealisierung (und der dahinter stehenden Größenphantasien) entsprachen. Erschüttert wurde wieder einmal der (unser) Proletkult. ... Wir haben Proletarier gesucht – und es kamen Menschen.“ (S. 262) Und sie erwiesen sich im Licht psychoanalytischer Betrachtungsweise als problembeladene Menschen, deren innere Konflikte im Zusammenspiel mit den Umweltbedingungen keine lineare politische Gleichung ergaben.

Enttäuschungen sind jedoch auch ein Ergebnis – vielleicht sogar wichtiger als Bestätigungen. Man lernt, die Dinge genauer und realistischer zu sehen, was immer ein Vorteil ist. Auch methodisch bleibt ein Gewinn. Man sieht, dass das Modell psychoanalytischer Sozialforschung trotz des empirischen Scheiterns systematisch seine Qualitäten beweisen kann. Der Weg, den die Projektgruppe gegangen ist, ist in mancher Hinsicht extrem aufwendig und belastend, aber er hat sich gelohnt. Er öffnet einen wichtigen Zugang zu Dimensionen des Geschehens. Sichtbar wird Einiges von dem Unsichtbaren, was gleichwohl soziales Geschehen massiv beeinflusst: unbewusste Motive, von Übertragung und Gegenübertragung gesteuerte Interaktion, latente Strukturen. Man kann aber auch lernen, dass ein solches Projekt – anders als konventionelle Forschung, die meist risikoarm und enttäuschungsfest funktioniert – viele Tücken hat. Schade, dass die Autorinnen und Autoren nicht mehr zu methodologischen Auswertungen gekommen sind. Ich könnte mir vorstellen, dass man sowohl den Prozess als auch das Setting noch optimieren kann (beispielsweise indem man andere Zugänge zum Feld wählt und die Methoden lebensweltnäher gestaltet), aber man wird die Probleme nicht „lösen“ können.

Das Projekt in seinem Gelingen und Scheitern und sein Schicksal regt aber auch an, über Probleme der Theorie psychoanalytischer Sozialforschung nachzudenken. Das Buch trägt dazu nicht nur in Bezug auf die Selbstreflexion des Forschungsprozesses, sondern auch in Hinsicht auf Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung einiges bei. Wichtig finde ich beispielsweise die Überlegungen von Emilio Modena zum Thema „Religiosität“. Ausgangspunkt sind die Enttäuschungen über den Zusammenbruch der Sowjetunion (und vor allem: über die Art des Zusammenbruchs) und seine eigene Überraschung über dieses erwartbare historische Ereignis. „Ich begriff ..., dass ich all diese Missstände im real existierenden Sozialismus zwar kritisch wahrgenommen hatte, dass aber zugleich in meinem Inneren starke emotionale Kräfte dafür gesorgt hatten, dass ich die schlechte Realität *verleugnete*.“ (S. 378) Dafür bietet die Psychoanalyse Erklärungen: „Dank dem psychischen Abwehrmechanismus der Verleugnung konnte ich kritisch bleiben und zugleich auch meinen Glauben an die sozialistischen Ideale aufrecht erhalten.“ (a. a. O.)

Diese Einsicht ist der Anstoß zu systematischen Überlegungen zum Verhältnis von Glauben und Wissen, die weit über Marx und Freud hinaus führen. Das Ergebnis ist eine Unterscheidung zwischen der sozialen Institution „Religion“ und der psychologischen Kategorie „Religiosität“, der ein basales Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu Grunde liegt – ein Bedürfnis, das als Teil der psychischen Entwicklung formiert und deformiert wird, das an *jedem* Engagement (ob religiöser oder politischer Art) beteiligt ist und dessen Niveau mitbestimmt. Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen: „Für eine neue Praxis der Linken be-

deutet (dies) ..., dass der politische Kampf ... niemals als ein Kampf gegen Religiosität an und für sich geführt werden darf. Wer fundamental gegen die religiösen Gefühle und tiefen Erlebnisse des anderen ankämpft, kann sich den Andersdenkenden nur zum Feind machen. ... Man muss im politischen Kampf auf den Grundlagen der eigenen Religiosität überzeugen können, indem man an Werte glaubt, die besser als die überlieferten Religionen in einer bestimmten Gesellschaft vorherrschenden materiellen und ideellen menschlichen Bedürfnissen entsprechen.“ (S. 384)

Dazu reicht jedoch simples Besser-Wissen (bzw. Besser-Glauben) nicht aus. „Im Wissen um die unbewusst und triebhaft ablaufende Dialektik von Glauben und Wissen ist es bei der unvermeidlichen Institutionalisierung eines Werte- und Glaubenssystems im Sinne einer emanzipatorischen und aufklärerischen Ethik notwendig, möglichst viel Freiräume für Selbsterfahrung der einzelnen und Gruppen vorzusehen, denn jede Kirche – auch die atheistische – hat, wenn sie sich mit gesellschaftlicher Macht verbindet, die Tendenz, dogmatisch zu erstarren. Nur die Einsicht in diese Mechanismen schafft Hoffnung, sie allenfalls verändern zu können, weil sie die Möglichkeit zu ihrem Durcharbeiten eröffnet. Deren Verleugnung und Verdrängung dagegen lassen sie im Unbewussten erstarren und ungebrochen weiterwirken.“ (a. a. O.)

Die Idee, die subjekttheoretischen Schwächen der marxischen Theorie mit Hilfe der Psychoanalyse zu überwinden, ist zweifellos produktiv. Psychoanalytisches Denken erweitert den Horizont der Kritik. Es ermöglicht ein besseres Verständnis grundlegender psychosozialer Themen und deren Dyna-

mik; es erlaubt damit auch konsequente Selbstreflexion. Die damit eröffneten Möglichkeiten werden jedoch nicht überall realisiert und durchgehalten. In mancher Hinsicht ist die Kritik der Idealisierungen noch nicht konsequent genug durchgeführt. Dies betrifft nicht zuletzt die gesellschaftstheoretischen Grundlagen der Kritik. Die im Buch verwendeten Argumentationen stützen sich fast nur auf Marx. Bei allen Verdiensten, die der marxschen Theorie zukommen – eine vollständige Theorie der Gesellschaft und vor allem der gegenwärtigen Probleme der „Weltgesellschaft“ ist sie sicher nicht. Ein umfassendes und hinreichend differenziertes Verständnis der Art und Weise, wie Gesellschaften überhaupt und moderne im speziellen funktionieren, kann sie nicht bieten. Dazu ist sie zu eng geschnitten und an Verhältnissen des 19. Jahrhunderts orientiert.

Ich meine deshalb, dass gerade eine Kritik der Gesellschaft, die für sich in Anspruch nimmt, wissenschaftlich zu verfahren, ihre Theoriebasis verbreitern muss. Es gibt keinen Grund, Gesellschaftskritik immer und nur auf den Theorien von Marx, Freud und Reich aufzubauen. Im Gegenteil: Kritik muss mit ihrer Zeit gehen und darf nicht auf Vorstellungen, die aus ihrer Geschichte stammen, stehen bleiben. Wenn die Arbeiter und Angestellten sich nicht so verhalten, wie dies den Klassikern entsprechend erwartet werden könnte, ist es also Zeit, die Theorie weiter zu entwickeln. Die Psychoanalyse hilft, aber es werden auch gesellschaftstheoretische Modelle gebraucht, die erklären, woher etwa das postmoderne Denken

herkommt und was es bewirkt – statt es als „Ideologie“ abzutun und sich dadurch an ihm zu „rächen“ (S. 390). Durch besseres Verständnis der Sachverhalte wird jedoch politische Arbeit nicht unbedingt leichter. Im Gegenteil: Das erweiterte Wissen öffnet den Blick auf das Ausmaß der Probleme. Das ernüchtert und versperrt die Flucht in die Vereinfachung von Problemlagen, den Rückgriff auf primitive Formen der Selbstidealisierung, des Denkens und Urteilens in einfachen Gut-Böse-Schemen.

Insofern überforderte sich das Projekt selbst. Das war gut so, weil es sonst vermutlich kaum so weit gekommen wäre an die Grenzen zu stoßen. Angesichts der Probleme, die sich stellten, muss man eigentlich von einer Erfolgsgeschichte sprechen: Dass es gelungen ist, gegen alle Widrigkeiten so viel an eigenen Vorstellungen durchzuhalten und weiterzuentwickeln, ist eine Leistung; um so mehr, als das Projekt in vielen Hinsichten mit wenig Ressourcen realisiert werden musste und auf Improvisieren angewiesen war. Vor allem wegen dieses Stehvermögens wird aus dem Ausgangsexposé – wir wollen nicht nur Patienten aus der Mittel- und Oberschicht therapieren und halten Freud für die nötige Ergänzung zu Marx – eine bemerkenswerte Geschichte, deren Dokumentation die Komplexität der Ausgangsfragen erst im Nachhinein verdeutlicht und zum Nachdenken anregt. Das ist weit mehr als man üblicherweise von Projekten und deren Dokumentation bekommt.

Johann August Schüle

Angelika Krebs: Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 2002, Suhrkamp (324 S., 12 €, Fr. 22.-)

Angelika Krebs, Professorin für Philosophie in Basel, gehört zu den VertreterInnen einer anti- bzw. nonegalitaristischen Konzeption von Gerechtigkeit, die sich dadurch auszeichnet, dass der Begriff der „Gerechtigkeit“ von dem „sozialer Gleichheit“ entkoppelt wird (zum neoliberalen Anti-Egalitarismus vgl. Widerspruch Heft 41). Ihr neues Buch verfolgt das Projekt der Entlohnung von Familienarbeit und beansprucht, dies sozialphilosophisch zu begründen. Die vier Teile des Buches unter den Titeln „Arbeit“, „Gerechtigkeit“, „Arbeit und Gerechtigkeit“, „Liebe und Gerechtigkeit“ werden durch dieses sozialpolitische Projekt zusammengehalten, sind aber weitgehend selbstständige Abschnitte und gehen z.T., wie der zur Gerechtigkeit, inhaltlich nicht über Krebs' bisherige Veröffentlichungen hinaus.

Entfaltet wird das Vorhaben im ersten Teil ausgehend von der Frage, „ob die unbezahlte Arbeit der Frau zu Hause ökonomische Arbeit darstellt und als solche Anerkennung verdient“ (S. 11). Der an sich tautologische Begriff der ökonomischen Arbeit steht bei Krebs für alle Arbeit, die der Lohnform unterworfen ist bzw. unterworfen werden sollte, welche sie als historisch spezifische Form jedoch nicht begrifflich fassen kann. So bezeichnet sie in Anschluss an Friedrich Kambartel als ökonomische Arbeit „jede Tätigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustauschs“ (S. 13). Krebs führt den Begriff der ökonomischen Arbeit ein, um „Familienarbeit“ von der „Arbeit für einen selbst (Eigenarbeit)“ sowie von der „Arbeit für den erwachse-

nen, gesunden Partner (Partnerarbeit)“ abzugrenzen. Denn nur bei der Familienarbeit besteht, soweit sie nicht verrichtet wird, Krebs zufolge „gesellschaftlicher Substitutionsbedarf“, d.h. „die Gesellschaft“ müsste sie „ersetzen, um weiterhin funktionieren zu können“ (S. 59). Dies bedeutet umgekehrt, dass „Familientätige ..., indem sie Kinder groß ziehen und Alte sowie Kranke pflegen, öffentliche Güter (produzieren), und dafür verdienen sie gesellschaftlich-ökonomische Anerkennung“ (S. 15; vgl. S. 63). Besonders deutlich wird dieser „Öffentliche-Gut-Charakter von Familienarbeit in der umlagefinanzierten Rentenversicherung“ (ebd.; vgl. S. 60ff.).

Gedacht ist dies vor allem vom Standpunkt des Staates und entsprechend lagern sich bevölkerungspolitische Kosten-/Nutzen-Kalküle an die Forderung nach Lohn für Familienarbeit an. So wird beispielsweise der Einwand diskutiert, dass „Kinder, die nicht zu tragenden Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen, sondern als Drogensüchtige, Arbeitsverweigerer oder Straffällige der Gesellschaft gar zu Last fallen, ... nichts von einem öffentlichen Gut an sich“ hätten (S. 87). Warum also sollte „die Allgemeinheit bereit sein, für eine 'Leistung' zu zahlen, die vielleicht gar nicht erbracht wird?“ (ebd.). Krebs entkräftet diesen Einwand mit dem Hinweis darauf, dass „schon heute vielfältige Kontrollmechanismen für Familienarbeit existieren, vom Jugendamt über den Kindergarten, die Schule, die Ärzte, die Pfarrer bis hin zu den Nachbarn“ (S. 87). Spätestens hier wird deutlich, dass Krebs' Projekt kaum etwas mit den emanzipatorischen Vorstellungen, die im Feminismus der 70er Jahre mit der Debatte um die Forderung „Lohn für Hausarbeit“ verbunden waren, teilt. Von dieser Debat-

te setzt sie sich denn auch explizit ab, mit der Begründung, sie sei „auf die Geschlechterfrage fixiert“ geblieben (S. 69). Zwar muss Krebs zufolge die „geschlechtsspezifische Zuweisung von Partnerarbeit (...) durch Aufklärung, insbesondere in der Schule, überwunden werden“ (S. 68/69), doch widmet sie der gesellschaftlichen Bedeutung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung keinerlei Reflexion. Das Hauptproblem sozialer Gerechtigkeit besteht für sie dagegen in der „Trittbrettfahrerei der Singles und Dinks (double income, no kids/SL)“. Diesen stehe „der Doppelcharakter ihrer Verpflichtung“ – nicht nur Sozialversicherungsbeiträge zu leisten, sondern sich auch fortzupflanzen – „nicht mehr vor Augen“. Nach dem „Modell des Militär- und Zivildienstes“ erwägt Krebs gar einen „pädagogisch motivierten Sozialdienst für junge Menschen in der Familienarbeit“.

Obgleich der erste Teil Fragen sozialer Gleichheit nur am Rande aufnimmt, ist der zweite der Darstellung des anti- bzw. nonegalitaristischen Ansatzes gewidmet. Neu ist hier allenfalls die Vehemenz, mit der die eigene Position als „humanistisch“ bezeichnet und dem Egalitarismus „Inhumanität“ bzw. „Verstöße gegen die Menschenwürde“ (S. 134) vorgeworfen werden. Da der Egalitarismus nicht von anthropologisch begründeten Minimalbedürfnissen ausgeht, sondern die gesellschaftlichen Distributionsmechanismen thematisiert, behauptet Krebs, er leiste der „Verelendung“ der Vorschub, indem „Menschen, die an ihrem Elend selbst schuld sind, ... allein gelassen werden“ (S. 124). Zudem würden z.B. Behinderte „aus falschen, relationalen Gründen unterstützt“ und somit durch „herablassendes Mitleid“ stigmatisiert (ebd.); staatliche Büro-

kratien, in denen über Sozialleistungen entschieden wird, entmündigten die Betroffenen.

Der dritte Teil geht der Frage „Recht auf Arbeit oder Grundeinkommen?“ nach. Krebs spricht sich für ersteres aus, da das „Menschenrecht auf soziale Zugehörigkeit ... in Arbeitsgesellschaften wesentlich die Form eines Rechts auf Arbeit“ annimmt (S. 201). Kritisiert werden die Vorschläge von Ulrich Beck, Avishai Margalit und Michael Walzer, da diese, so Krebs, zwar ein Recht auf Arbeit, nicht aber auf „Anerkennung von Arbeit“ fordern (S. 210). So laufe Becks Modell der Bürgerarbeit „auf den Rat oder gar die Forderung an Arbeitslose hinaus, sich doch ehrenamtlich zu betätigen“ (ebd.). Gegen die Konzeption eines garantierten Grundeinkommens, wie sie Philippe Van Parijs vorgestellt hat, hält Krebs, dass dabei „Frauen, die Familienarbeit leisten, auf eine Stufe mit den nur ihrer Selbstverwirklichung frönenden Surfern vor Malibu“ gestellt werden. „Denn das Grundeinkommen steht beiden im wesentlichen deswegen zu, weil sie auf die knappe Ressource Arbeitsplatz verzichten“ (S. 230). Damit verfehlt Van Parijs das Anliegen von Krebs, der es gerade darum geht, das „Freeridertum von Singles und Dinks“, die aus der Familienarbeit anderer „einen unfairen Vorteil extrahieren“ (S. 232), zu unterbinden.

Im letzten Teil mit dem Titel „Liebe und Gerechtigkeit“ tritt Krebs dem „Pervertierungseinwand“ entgegen, demzufolge „ökonomische Anerkennung Liebe pervertiert“ (S. 241). Sie unterzieht Michael Walzers Sphärentheorie der Gerechtigkeit (1998), in der der „weibliche“ Ort der Familie von Gerechtigkeitsforderungen ausgenommen wird, einer kritischen Lektüre, und zeigt, dass „der Zwangs- und Ausbeu-

tungscharakter der familialen Lebensform bei Walzer, durch einen ideologischen Liebesbegriff, der nicht klar zwischen 'Liebe' und 'Fürsorge' unterscheidet, kaschiert wird. Diese Unterscheidung aber ist für Krebs zentral, da „familiale Fürsorge für Kinder und Alte als Leistung für die Gesellschaft im Ganzen“ zählt und daher dem „Recht auf soziale Anerkennung“, d.h. Entlohnung, untersteht.

Auch bei Elizabeth Anderson und Hugh LaFollette stößt Krebs auf jenen „ideologischen Liebesbegriff“, der „den Aspekt altruistischer Fürsorge auf alles, was Liebende tun“ totalisiert (S. 280). Gegen Andersons Fixierung auf den Altruismus hebt Krebs drei „Momente von Liebesbeziehungen“ hervor: „nicht-altruistische Fürsorge, altruistische Fürsorge, geteilte Praxis“. Als letzten Vertreter des „Pervertierungseinwandes“, der Gerechtigkeitsregeln aus „persönlichen Nahbeziehungen“ fernhalten möchte, führt Krebs LaFollette an, gegen den sie den Unterschied zwischen einem „Liebesaspekt“ und einem „Tausch- und Arbeitsaspekt“ in Liebesbeziehungen hervorhebt. „Der eine sollte sich vom anderen nicht nur bedienen oder bemuttern lassen oder gar verlangen, dass der andere dies aus Liebe täte. Das erlaubt natürlich Ausnahmen wie ... zum Beispiel zum Geburtstag ...“ (S. 291)

Das Buch von Krebs zeichnet sich über weite Strecken durch Pseudo-Konkretheit und Abwesenheit gesellschafts-

theoretischer Reflexion aus. So kommt es zu Vorschlägen wie dem, die Entlohnung von Familienarbeit könne dadurch finanziert werden, dass Banken „auf Antrag kostenlos Kapital zur Verwirklichung vielversprechender Projekte zur Verfügung stellen. Damit hätte der notorische Geldmangel der öffentlichen Hand ein Ende“ (S. 89). Ein weiterer Vorschlag ist die Gründung einer Gewerkschaft der Familientätigen, deren mangelnde Streikfähigkeit aber nicht ausgenutzt werden soll (S. 214). Das Verhältnis von Staat und Ökonomie sowie die Frage, unter welchen Bedingungen Arbeit der Lohnform unterworfen bzw. aus ihr entlassen wird, werden an keiner Stelle thematisiert, ebenso wenig wie die bestehenden gesellschaftlichen Umverteilungsmechanismen zwischen „Singles/Dinks“ und Familien. An die Stelle einer systematischen Problementfaltung treten immer wieder programmatische Forderungen, wie z.B.: „Eine 'Mami-Schiene' als Sackgasse für die Erwerbsarbeitskarriere ist unter allen Umständen zu vermeiden.“ (S. 215) Das Buch passt in eine Situation, in der auf populistische Weise alle Parteien die Familienpolitik entdecken. Insofern die Spaltung der Gesellschaft in Singles/Dinks alle anderen Spaltungen, die zwischen den Klassen wie die zwischen den Geschlechtern, überblendet, ist sie dazu angetan, diese zu zementieren und ein neues Sündenbock-Phantasma zu schaffen.

Susanne Lettow